

2. Zusammenstellung der Mündlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Aufrufs gemäß § 74 Abs. 1 Gescho

lfd. Name Frage
Nr.

Staatskanzlei

- 1 **Dr. Sepp Dürr**
(GRU) Nachdem die Staatsregierung wieder einmal eine Bürokratieabbauoffensive eingeleitet hat, frage ich die Staatsregierung, zu wie viel weniger Bürokratie und mehr Bürgerfreundlichkeit die ersten, vor gut zehn Jahren von Ministerpräsident Dr. Stoiber angekündigten Anstrengungen zum Bürokratieabbau geführt haben, welche Verbesserungen seit der letzten großen Bürokratieabbauoffensive errungen wurden, ob sich etwa inzwischen das Schicksal der Wurstschneidemaschine gebessert hat, von der Minister Huber bei seiner Regierungserklärung am 8. Juli 2003 geklagt hatte, es sei "nicht zumutbar", dass die Wurstschneidemaschine eines Metzgers, die ja ohnehin sicher gebaut sein müsse, vor Ort von der Berufsgenossenschaft überprüft werde und dann noch von der staatlichen Gewerbeaufsicht und der Lebensmittel-Überwachung des Landratsamtes, und er empört ausgerufen hatte, als ob die Staatsregierung gar nichts dafür könnte: "Das ist Bürokratismus", und welche Verbesserungen von der neuen Bürokratieabbauoffensive zu erwarten sind, ob etwa das Brotzeit-Stüberl, über das die Passauer Neue Presse am 26.08.06 unter dem Titel "EU-Mittel für Jausenstation im Mühlviertel. Der kleine Unterschied: Bayerische Beamte verhindern Brotzeitstüberl in Wegscheid, Oberösterreich macht den Weg frei" berichtete, künftig unbürokratisch und schnell genehmigt werden wird?

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

- 2 **Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Wie hoch muss die zweckgebundene Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5 und 6 SGB II (in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 29,1 vom Hundert) für die Jahre 2007 ff. festgesetzt werden, um die Entlastung durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt für die Kommunen in Bayern sicherzustellen?

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

- 3 **Dr. Linus Förster**
(SPD) Wie definiert die Staatsregierung den Bildungsauftrag für Zoos, wie er sich nach der EU-Richtlinie über die Haltung von Wildtieren in Zoos vom 29. März 1999 und ihrer geforderten Umsetzung im Bayerischen Naturschutzgesetz in der Fassung vom 23. Dezember 2005 ergibt und welche Mittel stellt der Freistaat für die Wahrnehmung von Bildungsaufgaben in Zoos zur Verfügung?

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

- 4 **Renate Ackermann**
(GRU) Angesichts der Tatsache, dass insbesondere für die 9. Klasse der Hauptschulen es derzeit die aktuellen Schulbücher noch nicht gibt, frage ich die Staatsregierung, wofür und wie wird das Büchergeld von Eltern verwendet, deren Kinder keine Schulbücher erhalten, da diese Bücher nicht existent sind und die Schülerinnen und Schüler hoffentlich alle trotz aller staatlich verursachten Probleme ein erfolgreiches letztes Schuljahr bestreiten?

- 5 **Christa Naaß** (SPD) Ich bitte die Staatsregierung um Mitteilung, warum es bisher nicht möglich war, allen Schülerinnen und Schülern der 9. Hauptschulklassen die erforderlichen Bücher, die dem gültigen Lehrplan entsprechen, zur Verfügung zu stellen, wann die Staatsregierung daran denkt, das Prüfungsverfahren für die Zulassung von Schulbüchern zu vereinfachen und wie mit der Tatsache umgegangen wird, dass Hauptschülerinnen und -schüler zwar ihr Büchergeld in Höhe von 40 Euro zahlen, aber dafür keine Bücher bekommen?
- 6 **Thomas Mütze** (GRU) Nachdem die ursprüngliche Planung, das Personal für die Ganztagschulen mit Honorarverträgen auszustatten und nach Stunden abzurechnen, dahingehend verändert wurde, dass das Personal mit zweiter Lohnsteuerkarte und nach BAT abgerechnet werden soll, frage ich die Staatsregierung, wer sich unter diesen Voraussetzungen bewerben soll?
- 7 **Dr. Simone Strohmayer** (SPD) Wie viele Schüler sind in den 5. Klassen der Gymnasien und Realschulen im Landkreis Augsburg und im Landkreis Aichach-Friedberg bzw. Landkreis Donau/Ries im Schuljahr 2006/2007 (aufgeschlüsselt nach Gymnasien, Realschulen und Landkreise)?
- 8 **Karin Pranghofer** (SPD) Wie heißen die Schulen, deren Anträge auf IZZB nicht berücksichtigt werden konnten und um welches Antragsvolumen handelte es sich jeweils und in der Gesamtsumme?
- 9 **Rainer Volkmann** (SPD) Da allein bei den beiden Ganztageshauptschulen im Stimmkreis München-Moosach die Zahl der Anmeldungen für die Ganztagesklassen die Zahl der tatsächlich angenommenen Schülerinnen und Schüler deutlich überschreitet (Toni-Pföhl-Hauptschule: 65 Anmeldungen ggü. 28 Angenommenen; HS an der Fürstenrieder Straße: rund 50 Anmeldungen ggü. 25 Angenommenen), frage ich die Staatsregierung, ob auch an den anderen Ganztageshauptschulen in Bayern ein solches Missverhältnis besteht und - falls ja - in welchem Umfang?
- 10 **Reinhold Strobl** (SPD) Wie viele Stellen stehen aufgrund des Schülerrückgangs den Volksschulen im Doppelhaushalt weniger zur Verfügung und wie viele davon entfallen auf den Hauptschulbereich?
- 11 **Gudrun Peters** (SPD) Könnte die Regierung von Niederbayern die Umsprengelung des Graflinger Gemeindeteils Bergern in den eigenen Sprengel Grafling anordnen, vor allem vor dem Hintergrund, dass in Gotteszell das Schulgebäude dringend einer Sanierung bedarf, während in Grafling neu sanierte Schulräume leer stehen und der Erhalt der Grundschule in Grafling auch gesichert werden muss?
- 12 **Hans-Ulrich Pfaffmann** (SPD) Wie teilen sich die 784 so genannten neuen Planstellen im Einzelplan 05 auf die einzelnen Schularten auf und wie viele Stellen sind davon befristet?

Staatsministerium des Innern

- 13 **Maria Scharfenberg** (GRU) Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die von der Marktgemeinde Laaber beantragte und von der Straßenverkehrsbehörde im Landratsamt Regensburg nicht genehmigte Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Staatsstraße 2394 im Ortsbereich Laaber auf 30 km/h doch noch durchzusetzen, um in besagtem Straßenabschnitt, der im Zuge der Dorferneuerung 1985 mit Pflaster versehen wurde, auf dem es keine separaten Gehwege für Fußgänger gibt und der als Schulweg genutzt wird, die Verkehrssicherheit zu erhöhen?

- 14 **Dr. Thomas Beyer** (SPD) Trifft es zu, dass eine ministerielle Anordnung grundsätzlich untersagt, weitere Radwege an Staatsstraßen zu bauen, ist den staatlichen Bauämtern untersagt, dafür eigene Haushaltsmittel umzuschichten und kommt ein Bau weiterer Radwege nur noch dann in Betracht, wenn die betroffenen Gemeinden "selbst für gut die Hälfte der Kosten aufkommen"?
- 15 **Christa Steiger** (SPD) Nachdem die B 289neu als Bestandteil des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (Abschnitt Landkreis Lichtenfels - Landkreis Coburg) als reiner Autobahzubringer konzipiert ist und mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen insbesondere im LKW-Bereich zu rechnen ist, frage ich die Staatsregierung, auf welche Grundlagen oder Vergleichsdaten stützt sich die Prognose für die Lärmbelästigung der anliegenden Gemeinden (z.B. Tiefenroth und Gneltenroth), wird nach Inbetriebnahme der Straße eine Kontrollmessung erfolgen und ist dann bei zu hohen Lärmschutzwerten der Bau einer Lärmschutzmaßnahme realisierbar?

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

- 16 **Eberhard Rotter** (CSU) Angesichts des schrecklichen Unfalles vom 29.09.2006 am Bahnübergang im Zuge der B 12 in Stockenweiler (Gemeinde Hergensweiler, Landkreis Lindau/B), bei dem ein 42-jähriger Familienvater in seinem PKW bei geöffneter Schranke von einem Triebwagen erfasst und tödlich verletzt worden ist, frage ich die Staatsregierung, ob sie die dortigen Bedienabläufe - Zugmeldeverfahren per Telefon und anschließendes Betätigen des Schrankenbaums mittels einer Handkurbel - bei der Kreuzung einer Hauptbahn mit zahlreichen Zügen, die dort mit 130 km/h vorbeirauschen, und einer stark frequentierten Bundesstraße für ausreichend und zeitgemäß ansieht oder ob sie - bis zu einer endgültigen Beseitigung des Bahnübergangs durch eine seit Jahren diskutierte Unterführung der Bundesstraße - als Zwischenlösung zusätzliche technische Sicherheitseinrichtungen wie einen akustischen "Anrückmelder" oder eine "induktive Zugsicherung" (INDUSI) etwa 1000 Meter vor dem Bahnübergang für notwendig hält und ob sie bereit ist, in diesem Sinne auch auf die DB-AG einzuwirken, die in dem Übergang "kein Sicherheitsrisiko" sieht und daher keine Zusatzeinrichtungen installieren will?
- 17 **Susann Biedefeld** (SPD) Kann man in ein laufendes Raumordnungsverfahren eine bzw. mehrere Standortvarianten im nachhinein zusätzlich einbringen oder muss man erst den Abschluss des laufenden Verfahrens abwarten und dann ein gänzlich neues Raumordnungsverfahren beantragen?
- 18 **Christine Kamm** (GRU) Trifft es zu, dass die DB Regio im E-Netz Augsburg Alstom Regionalzüge vom Zugtyp Coradia Lirex einsetzen möchte und diese abweichend von anderen Einsatzorten dieses Zugtyps mit 240 Sitzplätzen bestuhlen möchte, welche Sitzplatzabstände ergeben sich bei diesem Zugtyp bei dieser Sitzplatzanzahl, und sind diese Maße nach Auffassung der Staatsregierung mit den Anforderungen im Bahnreiseverkehr bei auch ca. 2stündigen Reisezeiten vereinbar?

- 19 **Dr. Martin Runge**
(GRU) Ist für das Transrapid-Projekt in Bayern ein Sicherheitskonzept vorgesehen, das zwingend eine automatische technische Sicherung für die Sonderfahrzeuge und die Magnetschwebezüge enthält, was nicht nur Ortung via Funk oder GPS bzw. via fahrwegseitige Lagereferenzleisten und fahrzeugseitige Sensoren und dann Steuerung der Fahrzeuge über das Personal in der Leitstelle bedeutet, sondern vorschreibt, dass entsprechende Bewegungen der Sonderfahrzeuge dazu führen müssen, dass die Magnetschwebezüge automatisch, also ohne jedes menschliche Eingreifen, nicht anfahren bzw. gestoppt werden und vice versa die Sonderfahrzeuge, so dass der Mensch nur als Rückfallebene bei technischem Versagen dienen darf, und, wenn ja, wann und mit welchem Dokument wurde dieses Sicherheitskonzept beim EBA oder an anderer Stelle eingereicht?
- 20 **Eike Hallitzky**
(GRU) Angesichts der Tatsache, dass am 28. September 2006 ein 10-Meter hohes Riesen-Spektrometer auf dem Weg von Deggendorf nach Karlsruhe wegen seiner Höhe nicht durch den Rhein-Main-Donau-Kanal, sondern über das Schwarze Meer auf 8800 km nach Karlsruhe verschifft werden musste, frage ich die Staatsregierung, wer die Verantwortung dafür trägt, dass die Brücken am Rhein-Main-Donau-Kanal so niedrig gebaut wurden, dass ein derartiger Sondertransport - aber insbesondere der gesamte moderne Container-Schiffsverkehr - nicht durch den Kanal passt und ob die Staatsregierung Konsequenzen aus dieser m.E. grandiosen planerischen Fehlleistung für die Beurteilung der Qualifikation der RMD bezüglich des geplanten Ausbaus der niederbayerischen Donau zieht und wenn ja, welche?

Staatskanzlei, Europaangelegenheiten und reg. Beziehungen

- 21 **Adi Sprinkart**
(GRU) Treffen Aussagen des bayerischen Bauernverbandes zu, wonach die Bundesrepublik in Folge des EU-Finanzierungsbeschlusses vom Dezember 2005 rund 5 Mrd. Euro Beitragszahlungen an die EU einspart, wenn ja, profitiert Bayern von dieser Einsparung und in welchem Maße?